

**KEIN  
GELD  
FÜR  
KRIEG**

# Netzwerk Friedenssteuer

**NACHRICHTEN**

**Nr. 23 Sommer 1999**

## Kein Geld für Krieg!

Mit der Beteiligung der Bundeswehr an den NATO-Einsätzen im Kosovo hat die Bundesrepublik Deutschland zum ersten Mal aktiv an einem (nicht erklärten und völkerrechtswidrigen) Krieg teilgenommen. Anders als bei bisherigen Fällen, wie den Sanitätssoldaten in Kambodscha, der logistischen Hilfe im Golfkrieg oder der Beteiligung an der UN-Friedenstruppe in Somalia, nahmen deutsche Soldaten im Kosovo an Kampfeinsätzen teil. Auch wenn die Kampfhandlungen mittlerweile eingestellt sind, ist der Kosovo noch weit vom Frieden entfernt. Zusätzlich zu den Steuermillionen für die Kriegsfinanzierung werden jetzt Milliarden für den Wiederaufbau benötigt.

Mit einer kleinen Änderung könnten wir unsere Überschrift auf Seite 1 der letzten "Netzwerk Nachrichten" aktualisieren: Hieß es damals "Völkerrecht zum Abschluß?", kann jetzt das Fragezeichen durch ein Ausrufezeichen ersetzt werden.

Für die Friedensbewegung und das Netzwerk Friedenssteuer ergibt sich hieraus eine neue Situation, da durch die Beteiligung an einem Angriffskrieg (gegen GG Art. 26, I; UN-Charta, Art. 51; "Zwei-plus-Vier-Vertrag", Art. 2; StGB § 80) die Bundesregierung sozusagen ihre eigene Geschäftsgrundlage aufgegeben hat - und dies ausgerechnet zum 50. Geburtstag des Grundgesetzes!

Wie weit die Erosion der Bindung an das Völkerrecht gediehen ist, zeigt auch die Stellungnahme des Bundesverfassungsgericht zur Richtervorlage im Verfahren gegen Wolfgang Sternstein (siehe "Nachrichten, Nr. 22: Entzünungsaktion am EUCOM). Die Richtervorlage des Stuttgarter Amtsrichters wurde abgewiesen, da - so das Bundesverfassungsgericht - nicht zwingend sei, daß aus der möglichen Völkerrechtswidrigkeit von Atomwaffen die Straffreiheit für W. Sternstein folge. Das Kern-

stück der Argumentation Sternsteins und des Amtsrichters - das Gutachten des Internationalen Gerichtshofes vom 8.7.1996, in dem dieses die Androhung des Einsatzes von Atomwaffen als völkerrechtswidrig bewertet hatte, wurde nicht berücksichtigt. W. Sternstein hat darauf hin an die Präsidentin des Bundesverfassungsgerichts u.a. ge-

Inzwischen wurde W. Sternstein für seine Teilnahme an insgesamt vier Entzünungsaktionen zu 140 Tagessätzen Geldstrafe (4.200 DM plus Gerichtskosten in unbestimmter Höhe), ersatzweise zu 140 Tagen Gefängnis, verurteilt.

(Das Buch "Atomwaffen abschaffen!" der Initiative "Atomwaffen abschaffen - bei uns anfangen" kann bei W. Sternstein, Hauptmannsreute 45, 70192 Stuttgart, DM bestellt werden. Preis 19,80 DM).

### Steuerverweigerung wegen Kosovokrieg

Die ursprüngliche Zielsetzung der NATO-Angriffe, der Vertreibung der Kosovaren und der „humanitären Katastrophe“ ein Ende zu setzen, konnte nicht erreicht werden. Statt dessen verschlimmerten sich (trotz oder wegen der Bombardements?) die Brutalitäten der Serben. Dazu kamen die Opfer und Schäden durch die Luftangriffe (vgl. Kasten auf S. 7)

Es ist mit Schäden in Milliardenhöhe zu rechnen, deren Behebung, wie zuvor die Zerstörung, zu großen Teilen aus Steuermitteln der NATO-Partner wird finanziert werden müssen.

### Inhaltsverzeichnis

Aus den Regionen	S. 2
M. Walser und das Gewissen	S. 2
Aus dem Netzwerkrat	S. 3
Steuern zu Pflugscharen	S. 3
Gesetzesinitiative	S. 5
Bundshaushalt 1999	S. 5
Rechtswege	S. 6
Internationales	S. 6
Informationen	S. 6
Der Krieg im Kosovo	S. 7
Kontaktadressen	S. 8

schraben: "Wir werden jetzt die 8. Entzünungsaktion am EUCOM vorbereiten und durchführen, um zu dokumentieren, daß das Gewissen und die Verpflichtung jedes Einzelnen gegenüber dem Verfassungs- und Völkerrecht höher steht, als die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts".

Auch wenn wohl jedeR im Netzwerk Friedenssteuer das Vorgehen von Milosevic und die von ihm zu verantwortenden Menschenrechtsverletzungen und Massaker verurteilt, hat sich gezeigt, daß die Antwort des Westens darauf nicht nur völkerrechtswidrig war, sondern auch ohne die erhoffte Wirkung.

Gegen die zwangsweise Beteiligung an den Kriegsmaßnahmen über ihre Steuer haben sich bereits mehrere Netzwerkmitglieder zur Wehr gesetzt (vgl. „Rechtswege“ auf S. 6). Amerikanische Juristen haben außerdem Beschwerde in Den Haag gegen die NATO eingeleitet (vgl. S. 7).

## Aus den Regionen

### Süd-West

Am 27. 3. 99 fand bei Voigts in Merzhausen ein Regionaltreffen statt, dessen Protokoll bei der Redaktion erhältlich ist. Nach persönlichen Berichten und einer Nachlese zum Netzwerkratstreffen in Erfurt stand das Internationale im Mittelpunkt. Christel Lott schilderte Ihre persönlichen Eindrücke von der Internationalen Konferenz in Delhi. Christa Voigt ergänzte den Bericht aus dem Protokoll der Generalversammlung von CPTI.

Abschließend wurden Strategien für eine Klage von Mechthild Eisfeld vor dem Finanzgericht Baden-Württemberg diskutiert.

**Nächstes Treffen am 23. 10. in Freiburg.**

### Bayern

Am 6. 3. traf sich die Regionalgruppe Bayern mit 20 (!) TeilnehmerInnen in Landshut. Zu Gast war Robert Fidrich von der ungarischen Friedenssteuerinitiative. Auch hier kann das Protokoll bei der Redaktion angefordert werden.

Nach dem Bericht und der Diskussion über die Situation in Ungarn (dort machen ca. 30% von der Möglichkeit Gebrauch, 1% ihrer Steuern an soziale oder wohltätige

## Zur Debatte: Martin Walser und das "Gewissen"

Im letzten Herbst (just an meinem Geburtstag !) erhielt Martin Walser den "Friedenspreis des Deutschen Buchhandels" (warum "Friedenspreis"?). Diese Rede hat einigen Staub - pro und contra - aufgewirbelt - wer erinnert sich noch daran? Etwas ist m.E. in der Debatte untergegangen - daß nämlich Walser, um seinen sehr subjektiven Gebrauch des Begriffs "Gewissen" zu rechtfertigen, auf Autoritäten zurückgreift: Heidegger, Hegel und Kleist. Seine Zusammenfassung des eigenen Standpunktes: "Ein gutes Gewissen ist keins. Mit seinem Gewissen ist jeder allein. Öffentliche Gewissensakte sind deshalb in der Gefahr, symbolisch zu werden ...". Aus Walsers Ausführungen läßt sich einiges lernen:

Was er meint, ist die strikte Privatheit des Gewissens, da es sich im Grunde jeder Kommunikation verweigert. Und gerade dies stimmt nicht, wie sich unter Verweis auf eine seiner Autoritäten zeigen läßt: Gewissen ist zwar etwas Individuelles, aber nicht etwas Privates: Es entsteht oder zeigt sich in einer konkreten Konfliktsituation, z. B. zwischen individueller Ethik und öffentlicher Legalität. So formuliert z.B. Hegel: *"Als allgemeinere Gestaltung in der Geschichte (bei Sokrates, den Stoikern usf.) erscheint die Richtung, nach innen in sich zu suchen und aus sich zu wissen und zu bestimmen, was recht und gut ist, in Epochen, wo das, was als das Rechte und Gute in der Wirklichkeit und Sitte gilt, den besseren Willen nicht befriedigen kann; wenn die vorhandene Welt der Freiheit ihm ungetreu geworden, findet er sich in den geltenden Pflichten nicht mehr und muß die in der Wirklichkeit verlorene Harmonie nur in der ideellen Innerlichkeit zu gewinnen suchen. Indem so das Selbstbewußtsein sein formelles Recht erfaßt und erworben hat, kommt es nun darauf an, wie der Inhalt beschaffen ist, den es sich gibt"* (Rechtsphilosophie. Frankfurt 1970, p. 259).

Schaut man nun bei Sokrates nach, wie dieser diesen Konflikt sah bzw. löste, erhält man folgendes Bild: Bekanntlich wurde er u.a. wegen "Gottlosigkeit" zu Tode verurteilt. Für ihn ist dieses Urteil Unrecht, er akzeptierte es aber: *Also weder wiederbeleidigen darf man, noch irgendeinen Menschen mißhandeln, und wenn man auch, was immer es sei, von ihm erleidet.* (Kriton. Hamburg 1963. p. 41). Für Sokrates hat also der Respekt vor dem "positiven" Gesetz, auch wenn es falsch ausgelegt wird, höchste Priorität - das Gesetz ist allerdings änderbar.

Ganz anders liegen die Dinge bei Kleist: Der Prinz von Homburg erkennt das "positive" Recht ebenfalls an, auf Grund dessen er wegen Befehlsverweigerung zum Tode verurteilt worden ist, sein Gefühl sagt ihm aber, daß ihm Unrecht geschieht. Der Kurfürst von Brandenburg will ihn aber begnadigen: *"Die höchste Achtung, wie dir wohl bekannt, trag ich im Innersten für sein Gefühl. Wenn er den Spruch für ungerecht kann halten, kassier ich die Artikel; er ist frei"* (Prinz Friedrich von Homburg). Den Prinzen rettet also ein Gefühl, nicht das Gesetz.

Dieses Kleist'sche Verständnis von "Gewissen" liegt wohl auch bei M. Walser vor: Dieses hat für ihn etwas mit "Gefühl" zu tun - Gefühle aber sind etwas Privates, nicht öffentlich Mitteilbares.

Sokrates und der Prinz von Homburg akzeptieren einen Richterspruch zu ihren Ungunsten, wobei ein entscheidender Unterschied besteht: Für Sokrates hat die Einhaltung des Gesetzes höchste Priorität - auch wenn es, wie in seinem Falle, falsch angewandt wird. Für den Prinzen jedoch gibt es noch eine andere Instanz, nämlich sein "Gefühl" - und daher besteht für ihn auch ein Konflikt zwischen diesem Gefühl und dem Gesetz.

Für die Diskussion im Netzwerk ist diese Debatte m.E. lehrreich:

1) Die Folie, auf die sich das Gewissen beruft, können nur die (veränderbaren) Gesetze und deren - möglicherweise auch falsche - Interpretation sein, nicht aber Gefühle und intersubjektiv nicht nachprüfbare Glaubensartikel.

2) Gewissen kann in seiner Erscheinungsform privat sein, in seinem Ursprung und in seinen öffentlichen Auswirkungen aber ist es daher öffentlich, und nur solche Gewissenskonflikte sind daher benennbar und diskutierbar.

Carl Ehrig Eggert

Organisationen abzuführen) standen verschiedene aktuelle Berichte auf der Tagesordnung.

Den Abschluß bildete eine Abendveranstaltung zum Thema „Krieg und Frieden - welche Rolle spielen Geld und Geldordnung?“

Das nächste (10.) Treffen der Gruppe findet am 1. 4. 2000 in Nürnberg statt.

### Aus dem Netzwerkrat

Das Treffen des Netzwerkrats fand, wie aus dem letzten Jahr bereits bewährt, gemeinsam mit der Jahresversammlung von Steuern zu Pflugscharen statt. Vom 12. bis 14. März trafen sich 28 Friedens(steuern)bewegte, darunter erfreulicherweise auch zahlreiche „Neulinge“, in Erfurt.

Die wichtigsten Tagesordnungspunkte sind im folgenden kurz aufgeführt. Interessierte können das ausführliche Protokoll bei der Redaktion anfordern.

Es gab **Arbeitsgruppen** zum Entwurf eines neuen Logos, zu einer Euro-Friedensmünze, zum Gespräch mit der EKD und zum Kirchentag (vgl. Bericht beim Arbeitsschwerpunkt „Steuern zu Pflugscharen“), zu einem neuen Gesetzentwurf (vgl. S. 5) sowie zu neuen bundesweiten Aktionen, wozu viele Ideen gesammelt wurden.

Bei der nächsten **Internationalen Konferenz 2000** werden Klaus Waiditschka, Hannerole Morgenstern sowie Christa und Klausmartin Voigt das Netzwerk vertreten.

Es wurde beschlossen, daß wir uns um die Ausrichtung der Konferenz 2002 bewerben. Eine Arbeitsgruppe kümmert sich um die Details.

Das nächste Treffen des Netzwerkrats findet vom 5.-7. Nov. in Eisenach statt, die nächste gemeinsame Tagung mit Steuern zu Pflugscharen wieder in Erfurt vom 24.-26. 4. 2000.

### Aus den Arbeitsschwerpunkten



#### "Wer etwas erreichen will, muß verstanden werden"

Unter diesem Motto trafen sich im März aktive SteuerverweigererInnen des Netzwerkes Friedenssteuer und der "Oek. Aktion Steuern zu Pflugscharen" zur gemeinsamen Jahrestagung in Erfurt. Neben dem Austausch und der Stärkung auf dem sicher noch langen und beschwerlichen Weg zu einem Friedenssteuergesetz wurde intensiv an Aktionsvorschlägen und Zielbestimmungen gearbeitet. Es könnte z.B. demnächst ein Wort zum Sonntag geben, Boulevard Bio lädt vielleicht zum Talk ein, es gibt Aufkleber und ein JOJO als Werbeträger, für Zivis soll eine Anzeige geschaltet werden etc.. Ein arbeitsreiches und ermutigendes Wochenende war das!

#### Steuern zu Pflugscharen sagt Gespräch mit EKD ab- EKD nicht dialogbereit

Wir haben das geplante Gespräch mit Vertretern des Kirchenamtes der EKD abgesagt. Nachdem aus dem vorausgegangenen Schriftverkehr deutlich wurde, daß die EKD-Vertreter uns nur die Beschlußlage der letzten Synoden erläutern wollten, haben wir abgesagt. "Wir sind nicht bereit, uns schulmeisterlich belehren zu lassen, ein Gespräch setzt das Hören auf den Partner, setzt Dialogbereitschaft voraus". Schade eigentlich! Aber wir geben nicht auf.

#### Eingabe an die Synode der Ev.-Lutherischen Kirche in Thürigen

Mit 5 Beschlußvorschlägen wenden sich drei thüringer PfarrerInnen an ihre Synode:

1. Krieg darf nach Gottes Willen nicht sein. Das Recht auf Leben ist das höchste Menschenrecht.
2. Deshalb unterstützt die Synode Initiativen für einen gewaltlosen Umgang mit Konflikten. Sie wird sich bei der Bundesregierung für den verstärkten Aufbau von zivilen Friedensdiensten und deren Finanzierung aus Steuermitteln einsetzen.
3. Die Synode befürwortet Gesetzesinitiativen für einen Friedenssteuerfond, der es Kriegsteuerweigerern ermöglicht, den dem Militärbudget entsprechenden Teil der Steuern umzuwidmen.
4. Die Synode erklärt ihre Bereitschaft zur Beratung und Unterstützung von Menschen, die sich aus Gewissensgründen für Kriegsteuerweigerung entschieden haben.
5. Die Synode beruft einen Ausschuss für Fragen des Friedens und der Weltverantwortung.

**Kontaktadresse: Stefan Müller, Am Schleierborn 37, 99817 Eisenach**

#### Wanderasyl der Kirchen bekommt Aachener Friedenspreis

Ein ermutigendes Zeichen setzt wieder mal das Komitee des Aachener Friedenspreises mit der Verleihung an die mutigen Kirchengemeinden, die gegen das Gesetz (!) handeln. Damit konnten Menschen von der drohenden Abschiebung bewahrt werden. Dafür sollte es auch von unseren Kirchenleitungen eine Preis geben!

**Wer alle seine Ziele erreicht, hat sie zu niedrig gewählt**

Herbert v. Karajan

### Kein Geld für Krieg - Steueranwalt erwartet von der Kirche Verfassungsklage

Die Ökumenischen Aktion "Steuern zu Pflugscharen" lud den Essener Fachanwalt für Steuerrecht, Dr. Franz Peter Kloubert, ein, um die Frage zu beantworten: "Hat der Arbeitgeber verfahrensrechtliche Mittel, um dem Gewissen der Beschäftigten bei Lohnsteuerabzug beizupflichten?" Kloubert erläuterte die rechtlichen Einbindungen von Arbeitgeber- und Arbeitnehmerschaft ins Steuereinzugsverfahren und kam zu dem Ergebnis: Wer will der kann. Zwar kommt es zur Kollision mit der Abgabenordnung, und es könnte zur gerichtlichen Auseinandersetzung um eine Ordnungswidrigkeit führen. Allerdings erwartet Kloubert eine verhaltene Reaktion der Finanzbehörde auf solch eine neue Aktivität eines kirchlichen Arbeitgebers. Zudem gibt es schon Beispiele für die Zurückhaltung des Finanzamtes im Fall des Deutschen Versöhnungsbundes und eines Apothekers in Baden.

Wichtiger als die Verfahrensmittel ist für den Steuerexperten die Grundsatzfragen, ob die Kirche den von ihr durchgeführten Steuereinzug für Zwecke, die den Kirchengrundsätzen diametral zuwiderlaufen, hinnehmen will. Wenn "Krieg nach Gottes Willen nicht sein soll" und im Konziliaren Prozeß der Option der Gewaltfreiheit Vorrang einzuräumen ist, dann erwartet Kloubert von der Kirche eine Verfassungsklage. Als Grundrechtsträgerin kann die Kirche durch eine solche Organklage ihre Rechte - hier das hohe Gut des Friedensgebots - gegen die staatliche Finanzhoheit und gegen die Verwendung von Steuern - insbesondere für einen Angriffskrieg - schützen. Die praktizierte Teilsteuerverweigerung ist dann ein Schritt auf diesem Weg.

Am Rande bewegten die Teilnehmenden noch Aktionsgedanken. Was kann geschehen, um die pazifistischen Absichten in der Landeskirche auszudrücken und öffentlichen zu machen? Muß es eine Fastenaktion sein; sollten die Chöre und Bands ihre Friedensliebe an einem zentralen Ort unüberhörbar machen; sind Zusammenkünfte zur frühen Abendzeit vor allen unseren Kirchen ein deutliches Zeichen? Wer nimmt die Sache in die Hand und leitet diese Aktion?

*Hannelore Morgenstern-Przygoda, bei der auch ein etwas umfangreicher Bericht sowie weitere Informationen erhältlich sind*

### "Na, da geben Sie mir das Infoblatt mal her..." Rückblick auf den Kirchentag in Stuttgart vom 16.6.-20.6.99

Nicht nur Bundestagspräsident Thierse blieb interessiert am Stand "Steuern zu Pflugscharen im Netzwerk Friedenssteuer" stehen. Sein Gespräch mit Vertretern der Aktionsgruppe endete, wie bei so vielen Besuchern unseres Standes in diesen Tagen des Deutschen Evangelischen Kirchentages in Stuttgart, mit der Bitte um Informationsmaterial.

Das mag nicht nur am guten Standort gelegen haben. Zwischen einer Fülle von Infoständen zum Thema Friedensarbeit war unser Stand auf dem "Markt der Möglichkeiten" in Halle 9 ganz vorn an einer "Straßenecke", also frei und für jedermann sichtbar.

Man konnte merken, wie das Thema der Friedenssteuer viel Interesse hervorrief, nicht nur bei den alten Hasen. Vor allem junge Leute blieben immer wieder stehen und stellten Fragen. Zum Ausruhen kam damit keiner der Standbetreuer. Aber dazu waren sie ja auch nicht nach Stuttgart gefahren.

Ein wichtiges Anliegen der Aktionsgruppe war und ist noch heute neben dem Bekanntmachen der Öffentlichkeit mit der Thematik Militärsteuerverweigerung /Steuerumwidmung die Wiederaufnahme des Dialoges mit dem Rat der Kirchenleitungen der EKD.

Es gab eine Resolution mit der Bitte

- "an die EKD und ihre Gliedkirchen, sich für ein Gesetz auszusprechen, wonach niemand gegen ihr/sein Gewissen gezwungen wird, mit den eigenen (Lohn-)Steuern Militär und Rüstung zu finanzieren..." und mit der Bitte,

- "den Dialog über Wege zur gewaltfreien Konfliktlösungen mit Friedensgruppen -wie die Ökumenischen Aktion 'Steuern zu Pflugscharen'- wieder aufzunehmen und verstärkt fortzusetzen.

Die Resolution wurde von ca. 1000 Befürwortern unterschrieben. Bekannte Namen, wie Bischof Noack von der Kirchenprovinz Sachsen, Propst Jaeger von der Propstei Erfurt / Nordhausen, Friedrich Schorlemmer oder ÖRK-Generalsekretär Konrad Raiser stehen mit dabei.

Zur Annahme der Resolution mittels Abstimmung in einem der

Foren kam es leider nicht, da es organisatorische Schwierigkeiten und damit Verfahrensfehler gab. Das Forum zum Thema Gewaltlosigkeit hatte sich durch die Kosovothematik stark verzögert.

Trotzdem, meinen wir, sollte Präses Kock davon berichtet und nachträglich die Resolution mit den Unterschriften zusammen zugeschickt bekommen.

Für den Kirchentag und -vorausschauend schon für die Friedensdekade im November- ist neues Material entstanden. Neben den für 1999 aktualisierten Infoblättern gibt es noch JoJo's mit der Aufschrift "Kein Geld für Krieg" und neue Aufkleber. Außer den bereits bekannten Aufklebern für das Finanzamt haben wir in Anlehnung an den bekannten und vor allem im Osten Deutschlands viel verwendeten Aufkleber "Schwerter zu Pflugscharen" einen neuen erfunden mit der Aufschrift: "Schwerter zu Pflugscharen sind gut, Steuern zu Pflugscharen auch"; dazu das Symbol eines Geldstückes, das zerfließt und zu einer Pflugschar wird.

**Bestellungen können gerichtet werden an Gerlinde und Martin Rambow, Puschkinstr. 11a, 99084 Erfurt.**

*G. u. M. Rambow*

## Ebbe in der Kasse

Die Aktivitäten dieses Jahres (Jahrestagung, Kirchentag, Werbeaktionen, Jojos und Aufkleber) hinterlassen ein Loch in unserer bescheidenen Aktionskasse. Wir sind nicht Greenpeace! Es soll auch noch Leute geben, die Ihren Jahresbeitrag von DM 60.--noch nicht bezahlt haben. Unsere Kassiererin Hannelore Morgenstern läßt freundlich grüßen. Spendenkonto Düren (s. letzte Seite). Und vielen Dank!



## Lobbyarbeit

Günther Lott schreibt dazu: Meine eigene Tätigkeit in Sachen Lobbyarbeit war im letzten halben Jahr fast ausschließlich bestimmt durch Korrespondenz zum Thema Kosovo-Einsatz der Bundeswehr. Ich selbst halte diese Art „Politik“ nicht nur für grundgesetz- und völkerrechtswidrig (ohne jedes UNO-Mandat!), sondern schlicht für unverantwortlich als denkbar schlechtes Vorbild für alle zukünftigen Militär-Einsätze auch in anderen Regionen der Erde.

Angeschrieben dazu habe ich mehr als 160 MdB's, also jeden vierten Abgeordneten des Bundestags. Ferner gingen (ebenfalls ohne Erwähnung des Netzwerks) 285 Briefe an alle MdB's, Landes-, Kreis- und Ortsverbände von Bündnis 90/Die Grünen. Deren Zustimmung zu den mörderischen Bombardements war und ist ebenso enttäuschend wie erschreckend.

Zahlreiche Antworten müssen nun aufgearbeitet werden, und auch aus ihnen kann sich manch neuer Kontakt zu einzelnen Abgeordneten ergeben, wenn es demnächst wieder gezielt um unser Thema Friedenssteuer geht.

Günther Lott

## 15% Militärsteueranteil im Bundeshaushalt 1999

Nach Eichels Sparprogramm sind im Haushaltsplan 1999 insgesamt 47 Mrd. DM für „Verteidigungsausgaben“ (Einzelplan 14) vorgesehen. Das entspricht einer Steigerung von 0,8 % ggü. 1998 und ist nach dem Arbeits- und Sozialhaushalt und dem Etat des Verkehrs- und Bauministeriums der drittgrößte Posten. Die offiziellen Rüstungsausgaben haben damit einen Anteil von 10% an den Gesamtausgaben des Bundes. Wenn man die Ausgaben für die Bundesschuld (Zins und Tilgung) in Höhe von 85,9 Mrd. DM anteilig auf alle Haushaltsposten umlegt, da die Kredite in der Vergangenheit ja auch allen Bereichen gemeinschaftlich zur Verfügung standen, so erhöht sich der Rüstungsanteil auf 12%.

In diesen Ausgaben sind jedoch diverse Ausgaben nicht enthalten, die bei anderen Ministerien verbucht werden, z.B. für Rüstungsforschung oder Offizierspensionen. Außerdem werden die Kosten für den Bundeswehreininsatz im Kosovo mit 2 Mrd. DM aus einem gesonderten Titel finanziert (vgl. auch S. 7). Scharping hat angekündigt, daß auch Beschaffungsvorhaben, die an internationale Verträge gebunden seien, künftig nicht mehr aus dem Etat der Bundeswehr gezahlt würden. Nach NATO-Kriterien ist daher für 1999 insgesamt mit Militärausgaben von mindestens 58 Mrd. DM zu rechnen, was einem Anteil von 14,5% entspricht.

Wenn man die **Steuereinnahmen** des Bundes betrachtet, so haben Lohn- und Einkommensteuer mit ca. 40% daran den größten Anteil gefolgt von der Umsatz- und Mineralölsteuer (je ca. 21%).

Von den direkten Steuern, für die im Rahmen der Steuererklärung Anträge auf Erlaß gestellt werden können, fließt nur ein Teil an den Bund: 42,5% der Lohn- und Einkommensteuer, 50% des Zinsabschlags, aber 100% des Solidaritätszuschlags, insgesamt also rd. 50%. Damit beträgt die Beteiligung an den Militärausgaben über direkte Steuern rechnerisch etwa 7-8%, nochmals der gleiche Betrag kommt über indirekte Steuern (Mehrwert- und Verbrauchssteuern) zusammen.

## AG zu neuem Gesetzentwurf

Beim Netzwerkratstreffen hatte sich eine Arbeitsgruppe mit Dedo v. Krosigk, Günther Lott, Klausmartin Voigt und Sepp Rottmayr gebildet, die über einen neuen Gesetzentwurf diskutiert haben. Anlaß war ein Papier von, in dem er sich für eine Lösung einsetzte, bei der mehr die politische Aktion als das Argument der Gewissensfreiheit im Vordergrund steht.

Inzwischen liegen 3 schriftlich ausgearbeitete Vorschläge vor, die bei einem Arbeitstreffen am 7.8. in Frankfurt statt, an dem auch Paul Tiedemann teilnahm weiter diskutiert wurden. Die Erörterung der einzelnen Konzepte mit ihren Vorteilen aber auch triftigen Einwänden beanspruchte die meiste Zeit der fünfeinhalbstündigen Besprechung. Für eine ausführliche Diskussion des Umsetzungsverfahrens eines Friedenssteuergesetzes reichte die Zeit nicht mehr. Klausmartin

Voigt hat aber in seinem Papier bereits konkrete Vorschläge dazu gemacht.

Beim nächsten Netzwerkrat in Eisenach soll auf Basis der überarbeiteten Entwürfe über Inhalte und Vorgehensweise weiterdiskutiert werden. Es soll dann entschieden werden, ob es vorteilhaft ist, nicht nur eines sondern mehrere Konzepte vorzubereiten und öffentlich zur Diskussion zu stellen.

Nachfolgend werden die drei Vorschläge in ihren wesentlichen Punkten kurz skizziert. Wer an den ausführlichen Texten interessiert ist, kann sich an die Mitglieder der AG oder die Redaktion wenden.

Günther setzt sich für die Beibehaltung des bisherigen Entwurfs (BT-Drucksache 12/74) ein, u.a. weil wir mit der 100%igen Trennung militärischer und nichtmilitärischer Staatsausgaben klar sagen, was wir wollen und eine Maximalforderung stellen. Die Durchführung wäre einfach und ernsthafte

steuer- oder verfassungsrechtliche Bedenken liegen nicht vor. Nachteilig ist allerdings die hohe Hürde (fundamentale Änderung der bisherigen Verhältnisse, Angst vor dem Präzedenzfall...)

**Dedo** plädiert dafür, eher eine pragmatische Lösung anzustreben, auch wenn dadurch die Mitfinanzierung von Rüstungsausgaben nur symbolisch reduziert wird. Er schlägt eine Änderung des Einkommensteuergesetzes vor, damit Spenden zu ca. 50% direkt von der Steuer und nicht vom zu versteuernden Einkommen abgezogen werden. Der Steuervorteil wäre dann unabhängig vom Einkommen für alle gleich. Anerkannte MilitärsteuerverweigerInnen sollen an bestimmte Organisationen (z.B. für den Zivilen Friedensdienst) mit 100% Steuerabzug spenden können, was einer Steuerumwidmung gleichkäme. Nachteilig an dieser Regelung wäre, daß nur Lohn- und Einkommensteuer, nicht aber Mehrwertsteuer und Verbrauchssteuern berücksichtigt würden. Der Vorschlag wäre aber einfach durchzuführen und in der Öffentlichkeit zu vermitteln.

**Sepp** will den bisherigen Verteidigungsetat in zwei eigenständige Etatposten zur Friedenssicherung unterteilen: einen zivilen und einen militärischen. Das Parlament soll wie bisher die *Größe* aller Etats, auch des Friedenssicherungsetats, bestimmen. Die SteuerzahlerInnen sollen aber durch einen einfachen Zusatz auf der Steuererklärung über die *Aufteilung* zwischen zivilem und militärischem Teil bestimmen können. Die Regelung soll für alle dem Bund zufließenden Steuern (vgl. auch Kasten auf S. 5) gelten, nicht nur für die Einkommensteuer. Prinzipiell wäre diese Lösung auch für andere gewissensrelevante Haushaltsposten (z.B. Atomkraft) anwendbar. Sie wäre einfach einzuführen, hätte aber den Nachteil, daß sich jeder für *einen* Bereich entscheiden muß: eine Aufteilung, z.B. je 50% für zivile und militärische Friedenssicherung gibt es nicht.

**Klausmartin** hat keinen eigenen Vorschlag erarbeitet, sondern den

letzten deutschen und amerikanischen Gesetzentwurf vergleichend bewertet. Er plädiert für offenes und pragmatisches Vorgehen.



## Rechtswege

### Erlaßanträge wegen Kosovokrieg

Der Redaktion liegen drei Anträge vor, die sich auf die deutsche Beteiligung am Kosovokrieg beziehen:

Martin Schlupp-Hauck beantragte am 7.4.1999 beim **Finanzamt Schwäbisch Gemünd** "Stundung und Erlaß der Steuerzahlungen wegen Führung eines völkerrechts- und grundgesetzwidrigen Antriebskrieges durch die NATO unter Mitwirkung der deutschen Bundesregierung". Dieser Antrag beinhaltet zum einen die Stundung sämtlicher Steuerzahlungen, "solange die Bundeswehr an dem Angriffskrieg beteiligt ist" und Erlaß um den für Kriegshandlungen eingesetzten Prozentsatz nach Abschluß der Angriffe.

Günther Lott hat am 14.4.1999 dem **Finanzamt Heidelberg** erklärt, daß er auf Grund des Angriffskrieges gegen Jugoslawien in Zukunft nicht nur die Einkommenssteuer, sondern auch die Umsatzsteuer teilweise (ca. 6%) verweigern, d.h. auf ein Sperrkonto des Netzwerk Friedenssteuer überweisen werde.

Brigitte Janus stellte bei ihrem zuständigen **Finanzamt in Nürnberg** den Antrag auf Stundung aller Steuerzahlungen „bis sichergestellt ist, daß meine Steuern nicht zu Rüstung, Kriegsvorbereitung und Krieg beitragen.“ Sie beruft sich dabei auf das Grundgesetz (Art. 26: Verbot eines Angriffskrieges, Art. 25: Bindung an das Völkerrecht, Art. 87a: Definition der

Bundeswehr als Verteidigungs- und Schutzkräfte) und das Strafgesetzbuch (§ 80: Verbot eines Angriffskrieges).



## Internationales

### 7. Internationale Konferenz War Tax Resistance And Peace Tax Campaigns in Delhi 29.12.98-1.1.99

Der Redaktion liegen zwei sehr unterschiedliche Berichte über diese Konferenz (von Christel Lott und Martin Arnold) vor. Wir sehen uns daher außerstande, daraus eine Kurzfassung zu abstrahieren. Wir stellen diese Berichte natürlich gerne allen Interessierten zur Verfügung. Ein 56-seitiger Report (in englisch) kann bei Christel Lott oder Brigitte Janus ausgeliehen werden.

## Informationen

### Gebühren für Kontopfändungen unzulässig

Nach einem Urteil des Bundesgerichtshofs (Aktenzeichen XI ZR 219/98) vom 18. 5. 99 sind Banken gesetzlich verpflichtet, Kontopfändungen zu bearbeiten und dürfen daher keine Gebühren dafür verlangen. Die vom BGH festgestellte Nichtigkeit entsprechender Gebührenklauseln (üblicherweise verlangten die Banken etwa 30-70 DM je Pfändung) hat zur Folge, daß die Berechnung von Pfändungsgebühren auch in der Vergangenheit ungerechtfertigt war. Wer durch seine Steuerverweigerung solche Gebühren zahlen mußte, sollte sie daher mit Verweis auf das Urteil zurückfordern und künftig keinesfalls mehr zahlen!

## Projekt "Kultur- und Sozialsteuer"

In den Nachrichten Nr. 21 wurde das Konzept dieser Steuer vorgestellt. Inzwischen fand eine Klausurtagung zu diesem Thema statt, an der Günther Lott teilnahm. Die Diskussion ist weitergegangen, insofern als die Ministerpräsidenten Koch, Beck und Diepgen gefordert haben, als Bemessungsgrundlage der Kirchensteuer das Bruttoeinkommen heranzuziehen. Dies ist natürlich ein Schritt in die falsche Richtung. Der Dietrich Bonhoeffer-Verein wird zu diesem Thema verschiedene Veranstaltungen durchführen. Hingewiesen sei u.a. auf den Gesprächsabend mit dem Finanzwissenschaftler Prof. Dr. L. Jarass in Wiesbaden am 4.10.1999 in Wiesbaden und eine Tagung vom 19.-21.5. 2000 in der Ev. Akademie Mülheim.

## radio-quer

Am 18.5. 1999 war in "radio-quer" (ein "alternativer" Lokalsender in Mainz/Wiesbaden, der allerdings nicht immer sendet) ein halbstündiges Feature zur Kriegssteuerverweigerung zu hören. Autor war Klaus Hecker; es wirkten mit Günther Lott und Carl Ehrig-Eggert - mit Musik von Gerhard Schöne. Ein Echo auf diese Sendung war (noch?) nicht zu registrieren; dennoch vielen Dank an Klaus, der hoffentlich noch viele solche Beiträge produzieren wird.

## Recht und Politik

### 1) Stellt die Bundesregierung die Einheit Deutschlands in Frage?

"Selbst wenn es außerhalb der Vereinten Nationen eine solche Möglichkeit (zum militärischen Eingreifen) gäbe ... muß man sagen, daß Deutschland bewußt auf eine solche Möglichkeit verzichtet hat. Denn in Art. 2. des Zwei-plus-Vier-Vertrages, der die äußeren Bedingungen der Einheit regelt, heißt es am Ende: Die Regierungen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik erklären, daß das vereinte

## Der Krieg im Kosovo

Auch zwei Monate nach Ende des Krieges gibt es noch keine verlässlichen Angaben über die Zahl der Opfer und die Höhe der Kriegsschäden. Auf Seiten der Kosovoalbaner muß mit über 10.000 Opfern der serbischen Greuelthaten gerechnet werden. Durch die Bombenangriffe der NATO kamen nach Belgrader Angaben allein bis Mitte Mai 1200 Zivilisten ums Leben. Die Zahl der getöteten serbischen Soldaten wird im Westen auf 5000-6000 geschätzt.

Die Schäden für die jugoslawische Volkswirtschaft durch die zerstörte Infrastruktur gehen in die Milliarden. Unabhängige jugoslawische Wirtschaftswissenschaftler gehen von über 50 Mrd. DM aus. Die Bundeswehrhochschule rechnet mit ca. 100 Mrd. DM für die Militärintervention, die Zerstörungen und die wirtschaftlichen Folgen.

Die Kosten des NATO-Einsatzes wurden bereits zu Beginn des Krieges von einer großen US-Bank auf 200 Millionen \$ pro Tag geschätzt. Für den Einsatz der Bundeswehr ist im Haushalt ein Sonderposten von 2 Mrd. DM außerhalb des normalen Verteidigungsetats eingeplant.

Deutschland keine seiner Waffen jemals einsetzen wird, es sei denn in Übereinstimmung mit seiner Verfassung und der Charta der Vereinten Nationen ... Wer aber die äußeren Vertragsbedingungen, also die völkerrechtlich eingegangenen Verpflichtungen im Zusammenhang mit der Einheit Deutschlands, verletzt, der stellt natürlich alle äußeren Bedingungen dieser Einheit und damit den ganzen Vertrag in Frage".

(Gregor Gysi am 15.4.1999 im Deutschen Bundestag)

2) Das "neue strategische Konzept" der NATO liegt inzwischen vor (vgl. z. B. die Dokumentation der FAZ vom 27.4. bzw. FR vom 8.5.99). Es widerspricht in wesentlichen Teilen dem NATO-Vertrag, der bekanntlich in Art. 5 die Einsätze der NATO auf die Territorialverteidigung der Mitglieder beschränkt. Es erweitert völkerrechtswidrig dagegen die Einsatzmöglichkeiten der NATO-Streitkräfte (z.B. Punkt 24: Sicherung von Ressourcen). Dennoch bestreitet die Bundesregierung, daß der NATO-Vertrag faktisch geändert wurde und verweigert daher auch die parlamentarische Behandlung und Ratifizierung dieser Vertragsänderung.

3) Das "Gandhi-Informations-Zentrum e.V." in Berlin hat dankenswerter Weise auf eine Initiative amerikanischer Juristen hingewiesen: Diese haben eine formelle Beschwerde gegen die Regierung

gen der NATO-Mitgliedstaaten vor dem Internationalen Kriegsverbrecher-Tribunal in Den Haag auf Grund des Angriffes gegen Jugoslawien angestrengt und sich auf die "Nürnberger Prinzipien" bezogen (Die "Nürnberger Prinzipien" sind die völkerrechtlichen Grundsätze, wie sie nach der Satzung der Nürnberger Gerichtshofes und dessen Urteil anerkannt sind, formuliert von der Völkerrechtskommission am 29.7.1950). Der Angriff der NATO-Mitgliedstaaten widerspricht also möglicherweise auch den Rechtsgrundsätzen, die den Nürnberger Prozessen gegen die NS-Verbrechen zugrunde lagen!

Der englische Text der Beschwerde kann bei Günther Lott oder beim Gandhi-Informations-Zentrum e.V. bezogen werden: Postfach 210109, 10501 Berlin; e-mail: mkgandhi@berlin.snafu.de; Internet: www.snafu.de/~mkgandhi

## Termine

Das nächste Treffen des Netzwerkrats findet vom 5.-7. Nov. in Eisenach statt, die nächste gemeinsame Tagung mit Steuern zu Pflugscharen wieder in Erfurt vom 24.-26. 4. 2000

Weitere Exemplare dieser Netzwerk-Nachrichten können gegen 3,- DM in Briefmarken pro Stück zzgl. Porto bei Uta Pfefferle, Auwaldstr. 67, 79110 Freiburg, Tel. 0761/16711, bestellt werden.

Kontaktpersonen-Liste						Stand: August 1999
PLZ, ORT	NAME	STRASSE	TELEPHON	ZWEIT-TEL	FAX	
<b>Region Ost:</b>						
01187 Dresden	Ehrhard Becke	Hohe Str. 102	0531 4030577			
04668 Leipzig	Sebastian Fleischhack	Pfarrhof, Dorfstr. 4	034386 42023			
99084 Erfurt	Martin u. Gerlinde Rambow	Puschkinstr. 11a	0361 3456264			
99817 Eisenach	Stefan Müller	Am Schleierborn 37	03691 810-304 d	03691 203897 p	03691 810-321 d	
<b>Region Nordost:</b>						
13088 Berlin	Henning Utpatel	Mahlerstr. 19	030 97104944 d	030 9246031 p		
<b>Region Nord:</b>						
30171 Hannover	Dedo von Krosigk	Birkenstr. 32	0511 801696 p	0511 13017 d	0511 14804	
32756 Detmold	Gudrun Rehmann	Brahmsstr. 11	05231 31231	12.30-13h		
35460 Staufenberg	Ilse Staude	Goethestr. 12	06406 4194			
<b>Region West:</b>						
40489 Düsseldorf	Robert & Ute Antoch	Alte Landstr. 32	0211 403986	0211 404723	0211 404723	
51429 Bergisch Gladbach	Lutz-E. Bohr	Freiheit 11	02204 56043	0221 3382 288 d	0221 3382-293	
52066 Aachen	Ansgar Bours	Victoriast. 29	0241 542491			
<b>Region Südwest:</b>						
55122 Mainz	Dr. Carl Ehrig-Eggert	Carl-Goerdeler-Str. 25	06131 689457			
69227 Rauenberg	Christel & Günther Lott	Postfach 1151	06222 62741		06222 62702	
73240 Wendlingen	Gabi Kurzenberger	Alleenstr. 4	07024 52557			
79249 Merzhausen	Klausm. & Christa Voigt	Im Laimacker 20	0761 404940		0761 4001263	
<b>Region Bayern:</b>						
81541 München	Sepp Rottmayr	Eduard-Schmid-Str. 26	089 659253	089 4599150		
84030 Landshut	Kurt u. Ingrid Büttler	Oberbreitenauer Str. 43	0871 74736			
90408 Nürnberg	Dr. Brigitte Janus	Krelingstr. 10	0911 353237			
90411 Nürnberg	Hans-Günther Schramm	Zum Stiegefeld 5	0911 5215210	0911 522883		
90765 Fürth	Siegfried Laugsch	Kreuzsteinweg 29	0911 7940177 p	0911 4304-238/9 d	0911 4304 -303 d, 4304 -201 d	
<b>Arbeitsschwerpunkte:</b>						
<i>Gesetzesinitiative:</i>						
Günther Lott	69227 Rauenberg	Postfach 1151	06222 62741		06222 62702	
<i>Steuern zu Pflugscharen:</i>						
Lutz-E. Bohr	51429 Bergisch Gladbach	Freiheit 11	02204 56043	0221 3382 288 d	0221 3382-293	
<i>Rechtswege:</i> der Arbeitsschwerpunkt ist z.Zt. nicht besetzt, Fragen ggf. an andere Kontaktpersonen richten						

An der Produktion dieser Ausgabe wirkten mit: Carl Ehrig-Eggert und Dedo v. Krosigk (Redaktion, VisdP), Lutz-E. Bohr (Steuern zu Pflugscharen) und Uta Pfefferle (Versand). Weitere AutorInnen sind namentlich gekennzeichnet. Artikel für die nächsten Netzwerk-Nachrichten bitte an Carl Ehrig-Eggert, Carl-Goerdeler-Str. 25, 55122 Mainz. Wenn möglich als Ausdruck und ASCII- oder Winword-Textfile. Redaktionsschluß für die nächste Ausgabe ist der 15. November 99.

### Bestellung der Netzwerknachrichten

Der Preis für vier Ausgaben der Netzwerk-Nachrichten, das sind i.d.R. zwei Jahre, beträgt 20,- DM. Die Bestellung erfolgt durch Überweisung auf das Aktionskonto, Stichwort „Netzwerknachrichten“. Absender nicht vergessen!

Nach Ablauf des Abos erinnert ein roter Punkt daran, daß eine Verlängerung fällig ist. Die kleine Zahl auf dem Adressen-Etikett gibt die Anzahl der Ausgaben an, die zusätzlich zu dieser Nummer noch bezahlt sind.

Adressenänderungen bitte an Günther Lott (Adresse siehe oben)

KEIN  
GELD  
FÜR  
KRIEG

Netzwerk Friedenssteuer

**Aktionskonto: Kto-Nr. 101 535 14, Ökobank Freiburg, BLZ 500 901 00.**  
**Für Bestellung der Netzwerk-Nachrichten (20 DM für 4 Ausgaben)**

Stichwort vermerken und Absender nicht vergessen!!

**Spenden:** Freiburger Friedenswoche e.V., Kto.-Nr. 228 1250, Sparkasse Freiburg, BLZ 680 501 01, Stichwort: AK Friedenssteuer

**Spenden für die Aktion „Steuern zu Pflugscharen“:** Ev. Gemeinde zu Düren, Kto.-Nr. 100 750, Kreissparkasse Düren, BLZ 395 501 10.

**Bei allen Spenden unbedingt den vollständigen Namen und die Adresse auf dem Überweisungsträger angeben!**

**Materialversand (Bestelliste anfordern):** Pax Christi, Klosterplatz 7, 52062 Aachen, Tel/Fax: 0241/ 4028076

**Transparente- u. Plakatverleih:** Gudrun Rehmann, Brahmsstr. 11, 32756 Detmold, Tel. 05231/31231

**E-mail:** ev.kdv-beratung@i-dial.de **Internet:** http://www.mosaik.net/nwfs